

52. dbb Jahrestagung in Köln

Heesen fordert nationalen Aktionsplan zur Sanierung der Staatsfinanzen

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat eine nationale konzertierte Aktion zur Sanierung der Staatsfinanzen in Deutschland gefordert. Zur Eröffnung der 52. Jahrestagung des dbb am 10. Januar 2011 in Köln sagte Heesen, nur mit einem solchen nationalen Maßnahmenkatalog seien die Probleme der Zukunft zu lösen. Thema der Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion (bis 11. Januar) war „Die Zukunft der Staatsfinanzen: Staatseinnahmen - Verteilung – Ausgaben“. Vom VBGR nahmen Jürgen Mume und Franz Gotsis teil.

**Geschäftsstelle
München**

Morassistraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jürgen Mume
Telefon 089.2195-3024

Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.de
www.vbgr.de

München, 27.1.2011
01/2011



Der dbb Chef verwies auf das „gewaltige Problem“ von fast 1,8 Billionen Euro Altschulden der Gebietskörperschaften insgesamt. Der Haushalt 2011 des Bundes umfasse bei einem Volumen von 308 Milliarden eine Nettokreditaufnahme von 48,4 Milliarden; der Zinsendienst für die Altschulden liege bei rund

40 Milliarden. „Wir haben folglich kein akutes Ausgabenproblem, sondern der Kern des Problems liegt in den Altschulden“, konstatierte der dbb Chef. Er bezweifle, ob die Schuldenbremse darauf die richtige Antwort der Politik sei. Stattdessen wäre die Tilgung der Altschulden „der Schlüssel, die wirklichen

Haushaltsprobleme der Zukunft zu lösen". Der dbb werde ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag geben, um so dazu beizutragen, eine umfassende Diskussion zu diesem Problem in Gang zu setzen.

Heesen unterbreitete zugleich konkrete Lösungsvorschläge, etwa die Ausgliederung der Schulden der öffentlichen Haushalte in Altschuldenfonds, die Zinsendienst und Tilgung übernehmen sollten. Mittel dafür könnten auch erwirtschaftet werden aus der Hebung „stiller Reserven“ wie dem Goldvermögen, aus Gewinnen der Bundesbank, einer Umwidmung des Solidaritätszuschlages als Zahlung in diese zweckgebundenen Fonds und durch Einführung einer Vermögensabgabe auf Privat- und Betriebsvermögen. Denkbar sei auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, „um die Branche, die großen Schaden angerichtet hat, an der Schadensbegleichung zu beteiligen“.

Heesen bekräftigte die dbb-Kritik an der Bundesregierung, die ihre Zusage zur Rücknahme der 2005 beschlossenen Weihnachtsgeldkürzung ab 2011 nicht eingehalten habe. Dies werde von den Betroffenen als „Beleidigung, ja als Skandal empfunden“. An die Adresse von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der

Gast der dbb Jahrestagung war, gerichtet sprach Heesen den anhaltenden Personalabbau im öffentlichen Dienst an, der Bürokratieabbau und Bürgernähe im Wege stehe. So sollen im Bund weitere 10.000 bis 15.000 Stellen bis 2014 gestrichen werden.

Mit Blick auf die Einkommensrunde 2011 für die Beschäftigten der Länder wies der dbb Bundesvorsitzende jede Kritik an der Einkommensforderung von 50 Euro Sockelbetrag plus 3 Prozent linearem Einkommenszuwachs zurück. Über 700.000 junge Menschen würden in den nächsten zehn Jahren als Nachwuchs gebietskörperschaftsübergreifend im öffentlichen Dienst gebraucht. Attraktivere Bezahlung, bessere Ausbildung, gezielte Personalförderung, Gewinnung ausländischer Fachkräfte und die Trennung der Systeme der Alterssicherung seien notwendig, um im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft mithalten zu können.

Eröffnungsrede des dbb Bundesvorsitzenden im Wortlaut:

http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/3158_4634.php

(01/2/10)

dbb-Innovationspreis prämiert vorbildliche Leistungen im öffentlichen Dienst

(dbb) Mit einem dbb Innovationspreis will der gewerkschaftliche Dachverband ab 2011 jährlich „gute Ideen zur Verbesserung des öffentlichen Dienstes“ würdigen. Wie dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen am 10. Januar 2011 auf der Jahrestagung seiner Organisation in Köln ankündigte, wird der Preis mit 50.000 Euro dotiert sein. „Dieser Betrag kann sich sehen lassen und ist sicher ein deutlicher Anreiz, sich Verbesserungen für die öffentliche Verwaltung einfallen zu lassen. Vielleicht schaffen wird damit – über einen längeren Zeitraum hinweg – mehr Bürokratieabbau und bessere Gesetzgebung“, sagte der dbb Chef.

Den dbb Innovationspreis wird eine unabhängige Expertenjury vergeben, der die ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, Rudolf Seiters und Otto Schily, Hedda von Wedel, ehemalige Präsidentin des Bundesrechnungshofes, Johannes Ludewig, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn, Eckart Werthebach, ehemaliger Präsident des Verfassungsschutzes, sowie dbb Chef Peter Heesen angehören. Der Preis soll jährlich anlässlich des Internationalen Tages des öffentlichen Dienstes (23. Juni) in Berlin verliehen werden.

Ideen und Projekte, die für die Auszeichnung in Frage kommen, sind laut Heesen Verwaltungsmodernisierungen, Initiativen für mehr Bürgerfreundlichkeit, Vorschläge für eine sparsame Ressourcenverwendung, kluge Gesetze, faire Medienberichte oder vielversprechende Forschungsergebnisse zum öffentlichen Dienst. „Wir wollen den Rahmen bewusst weit stecken. Hauptsache, die eingereichten Projekte bringen uns in der Praxis weiter“, sagte Heesen. Beteiligen können sich Einzelpersonen, Personengruppen sowie Institutionen innerhalb Deutschlands und des

deutschsprachigen Raums. „Deutschlands öffentlicher Dienst steckt voller guter Ideen, wenn es um Modernisierung, Bürokratieabbau und mehr Bürgernähe geht“, sagte Heesen. „Wir wollen gute Innovationen fördern und die klugen Köpfe auszeichnen, die dahinter stehen.“

Mehr Informationen unter
www.dbb-innovationspreis.de

(02/02/11)

Bundesinnenminister: Demographische Entwicklung und Fachkräftemangel erfordern Investitionen in den öffentlichen Dienst

(dbb) Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière nahm am 10. Januar 2011 Stellung zur Zukunft der Staatsfinanzen mit Blick auf Aufgaben und Erfordernisse des öffentlichen Dienstes. Bei allen Maßnahmen komme der Sanierung der Haushalte trotz hoher Wachstumsraten und positiver Wirtschaftsprognosen weiterhin erste Priorität zu, sagte er vor den Tagungsteilnehmern.



Obgleich er zu den anstehenden Einkommensverhandlungen den Ländern „keine Ratschläge“ geben wolle, sprach sich de Maizière für eine Verbesserung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen aus. Die aufgrund der demographischen Entwicklung und des zunehmenden Fachkräftemangels entstandenen Personal- und Verwaltungsdefizite müssten behoben werden. Junge Menschen - auch mit Zuwanderungsbiografien - müssten gewonnen, ausgebildet und in der Verwaltung gehalten werden. Ältere Beschäftigte seien indes ebenso wichtig, damit Erfahrungen weitergegeben werden und Kontinuität erhalten bleibe. Zu den „notwendigen guten Perspektiven gehört auch die Bezahlung“, sagte de Maizière.

Hinsichtlich der Fortentwicklung des Dienst- und Tarifrechts sprach er sich für den Ausbau leistungsorientierter Bezahlungselemente aus, etwa in Form eines Prämiensystems. Die vom dbb geforderte Mitnahmefähigkeit von

Versorgungsbezügen lehnte der Minister ab. Es widerspreche dem Lebenszeitprinzip, das Besoldung und Versorgung verzahne und ein konstitutives Element des Berufsbeamtentums sei. Die Institution des Berufsbeamtentums sei nicht nur ein „Markenzeichen“, sondern ein Standortvorteil der Bundesrepublik Deutschland, so der Minister.

Mit Blick auf den beschlossenen weiteren Stellenbau in der Bundesverwaltung und bei der Bundeswehr betonte de Maizière, die entsprechenden Maßnahmen müssten einhergehen mit einer Aufgabenkritik, damit es für die Beschäftigten nicht zu zusätzlichen Belastungen und Arbeitsverdichtungen komme. Dabei setze er auf den Dialog mit den Gewerkschaften, die er künftig zu einem jährlichen Spitzengespräch einladen werde.



(03/02/11)

Nordrhein-Westfalen will auf Prävention setzen

(dbb) Die nordrhein-westfälische Landesregierung will den großen sozial- und bildungspolitischen Herausforderungen des Landes mit einer Politik der Prävention begegnen. Damit werde nicht nur eine gerechtere Gesellschaft möglich, sondern mittelfristig auch eine Entlastung der öffentlichen Haushalte erreicht, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger auf der dbb Jahrestagung.

Dass Prävention gegenüber späteren Reparaturkosten zu einer Entlastung der Sozialausgaben führt, belegte Jäger an einem bildungspolitischen Beispiel: Allein die Halbierung der Zahl der Schulabbrecher in Nordrhein Westfalen würde die Wirtschaftsleistung des Landes nach wissenschaftlichen Berechnungen bis 2100 um 790 Milliarden Euro erhöhen. Über Stellenreduzierungen ließen sich staatliche Haushalte dagegen nicht konsolidieren. Die Landesregierung, so Jäger, habe zudem mit der falschen Ideologie „Privat vor Staat“ Schluss gemacht und wisse den Wert ihres öffentlichen Dienstes zu schätzen.

Der Innenminister unterstrich die Schlüsselfunktion der Kommunen bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben. Trotz

jahrzehntelanger Sparbemühungen seien die Gemeinden aber finanziell nicht in der Lage, ihre wachsenden Aufgaben zu erfüllen. Um sie endlich wieder in die Lage zu versetzen, präventiv zu arbeiten, habe die Landesregierung 700.000 Euro bereitgestellt. Den Bund forderte Jäger auf, in einer konzertierten Aktion für die von ihm zu verantwortenden Soziallasten der Kommunen finanziell einzutreten.

Nordrhein-Westfalen will wieder Mitbestimmungsland Nr.1 werden, kündigte Jäger an: „Die Demokratie soll nicht an der Bürotür enden.“ Für den öffentlichen Dienst seien die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes und ein neues Dienstrecht geplant.

(04/02/11)

Podiumsdiskussion: Öffentlicher Dienst Garant für funktionierendes Staatswesen

(dbb) Vertreter aller Bundestagsfraktionen haben auf der Tagung die Lage des öffentlichen Dienstes diskutiert. Sowohl die Vertreter der Regierungskoalition, Armin Schuster (CDU) und Stefan Ruppert (FDP), als auch die Oppositionspolitiker Michael Hartmann (SPD), Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Tempel (Die Linke) hoben dabei die Bedeutung einer leistungsfähigen Verwaltung für Deutschland hervor.

„Der Bürger möchte Sicherheit und Gerechtigkeit, das geht nur mit einer gewissen Bürokratie“, sagte Schuster. Für von Notz ruht das funktionierende Staatswesen auf dem Berufsbeamtentum, das eine „Säule der Bundesrepublik“ sei. Ruppert zeigte sich überzeugt, dass der öffentliche Dienst in Krisenzeiten durch seine Verlässlichkeit sein Bild bei der Bevölkerung zum Positiven wandeln konnte. Allerdings forderte er, dass das Beamtentum weiterentwickelt werden müsse.

Die trotz Gesetz nicht erfolgte Rücknahme der Kürzung des Weihnachtsgeldes für Beamte, die vom dbb in der Vergangenheit wiederholt kritisiert worden war, verteidigten Schuster und Ruppert. Zwar hätten sie Verständnis für die Anliegen der Beschäftigten. Allerdings habe man

eine „Sparnotwendigkeit“ ausgemacht. Die Oppositionsvertreter Hermann und von Notz kritisierten die Entscheidung als Vertrauensbruch gegenüber den Beschäftigten.

Beim Thema Bürokratieabbau waren sich die Parlamentarier grundsätzlich einig. Dort, wo Gesetze erlassen würden, müssten auch die Möglichkeiten zu deren Durchsetzung gegeben sein. Letztlich sei es eine „Frage des Staatsbildes“ (Ruppert), bei welchen Kernaufgaben man einen starken Staat brauche. Tempel, selbst Polizeibeamter, nannte die Luftsicherheit als einen solchen Bereich. Hartmann kritisierte, in der Vergangenheit habe man sich hier zu Lande „fast zu Tode privatisiert“.

(05/02/11)

Steinmeier: „Liquidität, Legitimität und gute Leute sind die Eckpfeiler für einen funktionierenden Staat“

(dbb) Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, lobte die Leistungen des öffentlichen Dienstes gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise. Als Eckpfeiler für einen dauerhaft funktionsfähigen Staat machte er „Liquidität, Legitimität und gute Leute“ aus.



Liquidität sei für den Staat entscheidend, damit er auch in Zukunft seine Aufgaben zum Schutz der Bürger erfüllen könne. Gerade in der Krise sei es wichtig gewesen, dass „wir einen Staat mit Muskeln gehabt haben“, sagte Steinmeier am 11. Januar 2011 auf der Kölner Tagung. Der öffentliche Dienst habe zudem in der Folge durch vergleichsweise bescheidene Gehaltszuwächse einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Liquidität zu sichern. Aber es seien weitere Anstrengungen der Politik nötig. Exemplarisch nannte Steinmeier eine solide und gerechte Steuerpolitik.

Mit der finanziellen Ausstattung hänge unmittelbar auch die Legitimität des Staatswesens zusammen. „Wir brauchen keinen schlanken Staat, aber wir müssen ihn auch nicht mästen. Das Ziel muss es sein, dass er die Lebenschancen aller Bürger wahrt und die öffentlichen Güter sichert, die sich nicht jeder leisten kann. Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten.“ Der Bürger erlebe das Staatswesen vor allem in seinem direkten Umfeld, in den Kommunen. Daher warnte Steinmeier die Bundesregierung vor Experimenten mit der Gewerbesteuer. Die ungewissen Folgen hätten alle Bürger zu tragen. Schon heute könnten viele Dienstleistungen wie Theater und Schulen nicht mehr angeboten werden.

Zeitgleich stiegen die Anforderungen an alle Verwaltungsebenen. Mehr ökonomisches Wissen und stärkere internationale Vernetzung seien nötig. Um dafür gut ausgebildete Leute zu bekommen, müsse der öffentliche Dienst attraktiver werden. „Wir müssen Motivation stärken. Wir müssen den jungen Menschen klarmachen, dass der öffentliche Dienst nicht uncool ist, sondern wichtig“, so Steinmeier.

(06/02/11)

Podiumsdiskussion zur den Kommunal финанzen: Sind die Städte am Ende?

(dbb) Die schwierige Finanzlage der Kommunen war Thema der Podiumsdiskussion am 11. Januar. Der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters, die Geschäftsführenden Präsidialmitglieder des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages, Dr. Gerd Landsberg und Prof. Hans-Günter Henneke, sowie der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring waren sich einig: Städte und Gemeinden benötigen neue Finanzierungsmodelle und eine kritische Aufgabenanalyse, um der drohenden Handlungsunfähigkeit zu entgehen.

Alle Diskussionsteilnehmer erklärten, dass die Finanzierung der kommunalen Aufgaben nicht länger sichergestellt sei. Ansprüche und Aufgaben – etwa im Sozialbereich - würden

größer, Finanzierungsspielräume blieben indes gleich oder schrumpften. „Es werden Leistungen wie im Vier-Sterne-Hotel erwartet, aber zu Preisen wie in einer Pension“, brachte

Landsberg die Probleme auf den Punkt. Henneke wies darauf hin, dass seit vielen Jahren nur rund 13 Prozent des Steueraufkommens den Kommunen zur Verfügung stehe, die Aufgabe aber im selben Zeitraum extrem gestiegen seien. Entweder müssten (soziale) Aufgaben wegfallen – was nicht gewollt sei und dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung zuwiderlaufe – oder aber eine Neugestaltung der Gemeindefinanzierung durchgeführt werden. Der Bund, so der Kölner OB Roters, dürfe sich nicht länger seiner Mitverantwortung durch Reduzierung seiner anteiligen Leistungen entziehen. Für die Stadt Köln habe dies unter anderem zur Folge; dass notwendige

Personalaufstockungen, etwa bei der Feuerwehr oder im Sozialbereich, nur durch Stellenverlagerungen möglich seien, was in anderen Verwaltungsbereichen zu neuen Engpässen führe. Der den Städten und Gemeinden zufließenden Gewerbesteuer fehle die notwendige Nachhaltigkeit, um kommunale Leistungen vorausschauend finanzieren zu können. Dringend notwendig seien strukturelle Veränderungen im Finanzgefüge zwischen Bund, Ländern und Kommunen, damit der Sozialstaat die Gemeindefinanzierung nicht erdrücke.

(07/02/11)
